

Castor-Transporte

## **Spannung im Wendland wächst - gemischte Gefühle bei allen**

Von Rüdiger Holecek

**Die Erleichterung darüber, dass der ursprünglich für diesen Monat vorgesehene Transport von Neckarwestheim ins nordrhein-westfälische Ahaus von den Betreibern auf Weisung des Bundesumweltministers abgesagt wurde, hat der Polizei nur eine kurze Verschnaufpause verschafft. Ende des Monats rollen erstmals seit vier Jahren wieder Castoren nach Gorleben. Zwar stimmt der Bundesumweltminister mit der Gewerkschaft der Polizei überein, alle nicht notwendigen Atomtransporte zu vermeiden und im Geiste des Atomkonsenses Interims-beziehungsweise Zwischenlager an den Kraftwerksstandorten zu errichten, jedoch bedeutet das keinesfalls das schnelle Ende der belastenden Großeinsätze.**

Im Gegenteil: Gerade die längerfristige Abkehr von der nuklearen Energieerzeugung und die Zielsetzung, Brennelement-Transporte soweit wie möglich zu vermeiden und künftig auf die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen im Ausland vollständig zu verzichten, bringt in den nächsten Jahren ein hohes Transportaufkommen. Mindestens drei Sammeltransporte mit sechs der berühmt-berüchtigten Behälter stehen allein den Gorlebenern jährlich ins Haus.

Alle Beteiligten sehen dem ersten bevorstehenden Transport der radioaktiven Abfälle aus der französischen Wiederaufarbeitung ins niedersächsische Zwischenlager Ende März mit gemischten Gefühlen entgegen. Die Atomkraftgegner wissen nicht, ob sie aufgrund des Atomkonsenses noch genügend Mitstreiter für einen spektakulären Protest finden, da allein die Bevölkerung des Wendlands für massenmediale Auftritte nicht ausreicht; Bündnis 90/Die Grünen und mit ihnen ihr Spitzenpolitiker, Bundesumweltminister Jürgen Trittin, wissen nicht, ob die Basis die durch den geplanten Ausstieg aus der Atomenergie notwendige Zwischen- und Endlagerung einsieht, und die Polizei weiß nicht, in welchen Größenordnungen der Protest und in welcher Intensität mögliche militante Störaktionen auf sie zukommen.

Redlich bemühen sich Bundesumweltminister Trittin und der Grünen-Parteirat - auch auf Drängen der Gewerkschaft der Polizei - darum, ihre Anhänger von der politischen Unsinnigkeit der Proteste zu überzeugen. Trittin in Anspielung auf den Atomkonsens zwischen Bundesregierung und Energiewirtschaft: "Wollen wir glaubhaft bleiben, müssen wir zu den Konsequenzen unserer Politik stehen."

### **Protest in der dritten Generation**

Im Wendland, wo der Widerstand gegen die radioaktive Müllhalde bereits in die dritte Generation getragen wird ("Wir haben keine Verträge mit der Atomwirtschaft geschlossen"), wird die Atmosphäre von Tag zu Tag gespannter.

Im Lagezentrum der Polizei in Lüneburg laufen indessen die Vorbereitungen auf einen Großeinsatz mit rund 20.000 Einsatzkräften auf Hochtouren.

Bei einem Besuch in Lüneburg informierten Vertreter der GdP-Bezirksgruppe und des GdP-Landesbezirks Niedersachsen mit dem Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe und Mitglied im geschäftsführenden GdP-Landesvorstand, Ralf Munstermann, Mitglieder des geschäftsführenden

Bundesvorstandes über den Stand der Vorbereitungen und die zu erwartenden Probleme während des Einsatzes. Resümee des GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg: "Die Polizei ist auf den bevorstehenden Castor-Transport nach Gorleben gut vorbereitet. Ihr Einsatzziel ist es, dass die Behälter aus La Hague ohne Zwischenfälle ihr Ziel erreichen und dass Gewalttaten am Rande der angekündigten Demonstrationen verhindert werden." Konrad Freiberg und die stellvertretenden Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut und Heinz Kiefer trafen in Lüneburg auch mit der Regierungspräsidentin Ulrike Wolff-Gebhardt und dem Einsatzleiter, Direktor der Polizei Hans Reime zusammen.

### **Auf der Suche nach geeigneten Unterkünften**

Der zu erwartende Großeinsatz stellt die Planer vor große Herausforderungen, besonders was die Unterbringung betrifft. Noch vor vier Jahren vorhandene Liegenschaften stehen nicht mehr zur Verfügung oder waren in einem stark renovierungsbedürftigen Zustand. Allein 1600 Wohncontainer mussten auf dem freien Markt beschafft werden, um die größten Engpässe zu überbrücken. Lange Anfahrtswege bis zu 60 Kilometern sind der Preis für einigermaßen akzeptable Unterbringungsmöglichkeiten. Die GdP-Vertreter überzeugten sich davon, dass alle an der Einsatzvorbereitung Beteiligten ihr Menschenmögliches tun, um die Belastung für die zum Einsatz kommenden Kräfte zu mindern. Heinz Kiefer, im geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Großeinsätze: "Die Kolleginnen und Kollegen in den Einsatzeinheiten treffen überall auf so genannte Sondersituationen. Das ist für sie mittlerweile Arbeitsalltag. Wenn sich aufgrund der Transportplanungen nach Gorleben eine manifestierte Einsatzlage über Jahre abzeichnet, sollten für die Polizei auch entsprechende dauerhafte Unterbringungsmöglichkeiten rund um Gorleben gebaut werden."

### **Widerstand ist keine Demonstration**

GdP-Vorsitzender Freiberg sprach seine Anerkennung für das hohe Maß an Professionalität und Umsicht bei der Erstellung des Einsatzkonzeptes und den Vorbereitungsarbeiten aus. Freiberg: "Wir haben uns davon überzeugt, dass von Seiten der Polizei alles getan wurde, um einen friedlichen und störungsfreien Ablauf des Transports zu gewährleisten. Ich fordere die Demonstrationsteilnehmer auf, keine Gewalttaten zu begehen oder zu unterstützen. Die Beschlüsse und Mahnungen der Partei Bündnis90/Die Grünen sollten gerade in Kreisen der Anti-Atom-Bewegung, insbesondere auch in der Landespartei, ernst genommen werden. Jeder hat das Recht zu demonstrieren, Widerstand gegen die Transporte und damit gegen die Polizei ist vom Demonstrationsrecht nicht gedeckt."

Bernhard Witthaut, GdP-Landesvorsitzender: "Mit einem neuen Konzept der einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit und des Konfliktmanagements unter Federführung des Leitenden Kriminaldirektors Hans-Jürgen Wieben wird die Polizei für eine größtmögliche Transparenz ihres Einsatzhandelns sorgen. Es versteht sich als Mittler zwischen den beteiligten Gruppen, den Einsatzkräften und der Öffentlichkeit" (siehe Interview).

Auch die Gewerkschaft der Polizei wird mit zahlreichen Personalvertretern am Einsatz teilnehmen und den Beamtinnen und Beamten zur Verfügung stehen.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 3/2001](#))